

30 . Newsletter gegen Rechtsextremismus

Ausgabe vom 08.04.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

dies ist die Ausgabe 30 unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus: In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie/euch hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine auf dem Laufenden halten und zeitnah informieren, was in Berlin passiert.

Über Ihr/euer Interesse freut sich und auf Ihre/eure Unterstützung hofft

Ihre/Eure Clara Herrmann
Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen, Anregungen, Kritik oder technische Probleme: Annika Gerold: buero.herrmann@gruene-fraktion-berlin.de

Wenn Sie/ihr diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten/möchtet, können Sie/könnt ihr dies [hier](#) tun.

Inhalt

[1 Berlin im NSU-Sumpf und bisher keine Aufklärung](#)

[2 1.Mai Nazifrei: Kommt nach vorne!](#)

[3 Staatssekretär Büge immer noch Mitglied in schlagender Burschenschaft Gothia](#)

[4 Aktuelle Stunde „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Berlin“ in der Plenarsitzung vom 21.03.13](#)

[5 Kleine Anfragen](#)

[6 Presse & Sonstiges](#)

[7 Termine](#)

1 Berlin im NSU- Sumpf und bisher keine Aufklärung

Die Vorkommnisse um den NSU und die Berliner Verstrickungen nehmen kein Ende und sind noch lange nicht vollständig aufgeklärt. Der Innensenator Henkel fehlt in jeder Innenausschusssitzung in der das Thema Aufklärung NSU auf der Tagesordnung steht. Immer wieder kommen neue Informationen ans Licht der Öffentlichkeit. So ist zum Beispiel unklar, ob noch mehr V-Leute durch das Berliner Landeskriminalamt angeworben wurden. Klärungsbedürftig ist insbesondere die Frage, ob es neben Thomas S. weitere Spitzel Berliner Behörden mit NSU-Bezug gab. Dabei geht es insbesondere um die so bezeichnete Vertrauensperson (VP) 620. Daher hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin bereits im Februar dieses Jahres weitere Fragen zur Arbeit der Berliner Sicherheitsbehörden im NSU-Komplex eingereicht, insbesondere zur V-Person 620. Leider werden unsere Fragen selbst im Geheimschutzraum nur unzureichend bzw. gar nicht beantwortet und Akteneinsicht in die VP Akten erhalten wir auch nicht.

Auch der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages beschäftigt sich mit der Rolle Berliner Sicherheitsbehörden rund um den NSU. Aus diesem Grund wird es am 22.04.13 einen „Berlin-Tag“ im Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages geben. An diesem Tag werden die Zeugen der ehemalige V-Mannführer von Thomas S., Peter Haeberer (ehemaliger

Direktor LKA Berlin) und Staatssekretär Bernd Krömer (Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Berlin) geladen.

Es bleibt zu hoffen, dass der Untersuchungsausschuss des Bundestags weiter Licht ins Dunkel bringen und die Aufklärung vorantreiben wird.

Mein [Störungsmelderbeitrag](#) vom 05.04.2013: Berlin im NSU-Sumpf: Aufklärung? Fehlanzeige!

Unsere [Pressemitteilung vom 10.02.13](#): Berlin und der NSU - Ex-LKA-Chef Haebeler und Verbindungsbeamte müssen Licht ins Dunkel bringen

Unsere [Pressemitteilung vom 19.02.2013](#): NSU – Rolle der "zweiten" V-Person 620 klären, LKA-Chef und Verbindungsbeamte hören

Pressartikel

[Taz 14.01.13: Verfassungsschutz hat Mängel](#)

[Tagesspiegel, 14.01.13: NSU-Ermittlungen: Opposition vermisst Aufklärungswillen](#)

[Tagesspiegel, 18.03.13: NSU-Debatte mal wieder ohne Innensenator](#)

[zurück](#)

2 1. Mai Nazifrei: Kommt nach vorne!

Am 1. Mai 2013 wollen Neonazis in Berlin unter dem Motto „Raus aus dem Euro“ aufmarschieren. Die NPD kündigt eine Demo im Ortsteil Schöneweide an. Das [Bündnis "1. Mai nazifrei"](#) ruft zu Gegenprotesten auf. Als [Erstunterzeichnerin unterstütze ich den Aufruf](#) und werde am 1. Mai vor Ort Gesicht gegen Nazis zeigen. Die Nazis instrumentalisieren und missbrauchen den Tag der Arbeit, um ihre menschenfeindliche Ideologie zu verbreiten. Vor 80 Jahren wurden am 2. Mai die Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten verboten. GewerkschaftlerInnen wurden von den Nationalsozialisten verfolgt und in Konzentrationslagern ermordet und misshandelt. Ob Einzelperson, Initiative oder Institution: unterstützt diesen Aufruf.

Die grausame Geschichte der Nazizeit zeigt, dass Widerstand gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit schlicht notwendige BürgerInnenpflicht ist. Rechtsextreme Ideologie darf nie wieder ohne Protest bleiben und die Werte einer demokratischen und menschenwürdigen Gesellschaft müssen täglich gelebt werden. Es ist ein Recht sich aktiv gegen Naziaufmärsche auf der Straße, ob stehend oder sitzend, zu wenden.

Auch der grüne Berliner Landesverband unterstützt die Proteste des breiten Berliner Bündnisses „Erster Mai – Nazifrei!“ und ruft alle BerlinerInnen auf sich an den Protesten zu beteiligen. Bei der Landesdelegiertenkonferenz wurde dazu ein [Dringlichkeitsantrag](#) beschlossen. Wir Grünen werden weiterhin zivilen Ungehorsam leisten und sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.

Mehr Infos auf meiner [Homepage](#).

[zurück](#)

3 Staatssekretär Büge immer noch Mitglied in schlagender Burschenschaft Gothia

Staatssekretär Büge hatte in der Vergangenheit öffentlich angekündigt, dass er bis Ende Januar aus seiner Burschenschaft Gothia austreten würde, sollte diese nicht den umstrittenen Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ DB verlassen. Die Burschenschaft ist noch Mitglied im Dachverband und der Herr Büge noch Mitglied der Burschenschaft. Passiert ist also Nichts. Jetzt ist mittlerweile April – Wochen nach der Frist.

Der Senat zieht daraus keinerlei Konsequenzen und duldet einen rechtsaußen Burschen in seinen eigenen Reihen, der auch noch selbstgesetzte Fristen verstreichen lässt. Während der rot-schwarze Senat das Problem aussitzt, fordern mittlerweile neben den JuSos auch die Arbeitsgemeinschaft Migration in der SPD Konsequenzen ein – dem können wir uns nur erneut anschließen. Aussitzen gilt nicht: Mitglieder von rechtsaußen Burschenschaften haben im Berliner Senat nichts zu suchen!

Meine mündliche Anfrage vom 21.02.2013 findet sich im [Plenarprotokoll auf Seite 2515](#).

[Rbb 07.02.13 Burschenschaft oder Amt: Staatssekretär Büge taucht ab](#)

[zurück](#)

4 Aktuelle Stunde: „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Berlin“ in der Plenarsitzung vom 21.03.13

In der Aktuellen Stunde der Plenarsitzung vom 21.03.2013 (dem Internationalen Tag gegen Rassismus) ging es unter anderem um das Thema „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Berlin – konsequente Aufklärung, Prävention und Verfolgung statt Lippenbekenntnissen und Wahlkampfgeplänkel“. Für meine Fraktion habe ich dazu eine Rede gehalten. Die Reden finden Sie im [Plenarprotokoll](#) und als [Video auf der RBB Homepage](#).

[Welt 21.03.13 Polemische Anti-Rassismus-Debatte im Abgeordnetenhaus](#)

[zurück](#)

5 Kleine Anfragen

von Anja Schillhaneck und mir [„Aktivitäten von Burschenschaften in Berlin“](#)

Mündliche Anfrage zu Staatssekretär Büges Verbleib in der schlagenden Burschenschaft Gothia am 21.02.2013. Hier findet sich das [Plenarprotokoll](#) (Seite 2515).

[zurück](#)

6 Presse & Sonstiges

Stachel-Artikel von Canan Bayram und mir: [NPD-Verbot kein Allheilmittel im Kampf gegen Rechts](#)

[Störungsmelder der Zeit, 13.01.13 Gewalt im Wahlkampf: NPD-Ordnerdienst greift Gegendemonstranten an](#)

[Taz, 12.02.13, nw Berlin: Razzia bei den Rechten](#)

[Taz 03.04.2013, Neonazis in Schöneweide: Schluss mit dem rechten Suff](#)

[Morgenpost 06.04.13](#)

[zurück](#)

7 Termine

10.04.2013 Sitzung des Verfassungsschutzausschusses

In der nächsten Sitzung steht unter anderem ein Lagebericht zum Thema „Aktionsorientierter Rechtsextremismus“ auf der Tagesordnung. Des Weiteren wird es um aktuelle Informationen zum 1. Mai 2013 gehen. Auch der NSU-Skandal, genauer die Rekonstruktion der Akten sowie die Konsequenzen aus dem Aktenschredderskandal, steht auf der Tagesordnung.

Die Einladung zur Ausschusssitzung findet sich [hier](#).

15.04.2013: Sitzung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung

Thema im Innenausschuss wird unter anderem die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2013 sein. Ein Teil dieser ist die Statistik „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ (PMK rechts), die Opfer von rechter Gewalt erfasst. Im Zusammenhang mit diesem polizeilichen Definitionssystem steht der [Antrag unserer Fraktion „Opfer rechter Gewalt anerkennen“](#), welcher ebenfalls auf der Tagesordnung des nächsten Innenausschusses steht. Die polizeilich erfassten Opferzahlen rechter Gewalt unterscheiden sich erheblich von denen, die nach aufwendigen Recherchen u.a. durch die Zeitungen „Tagesspiegel“ und „Zeit“ erhoben wurden. Unsere Fraktion fordert daher eine Überarbeitung der PMK rechts.

Die Einladung zur Ausschusssitzung findet sich [hier](#).

01.05.2013 / 1. Mai Nazifrei 2013:

Mehr Infos dazu findet ihr unter Punkt 2 und auf der [Homepage des Bündnisses](#).

[zurück](#)